

Transnationale Repression und demokratische Sicherheit:

neue Herausforderungen für das nicaraguanische
Exil und die Aufnahmeländer

Autor: Samantha Jirón¹

Die Entwicklung der transnationalen Repression des Ortega-Murillo-Regimes hat das nicaraguanische Exil zu einem neuen Schauplatz politischer Verfolgung gemacht. Ausgehend von aktuellen Fällen in Costa Rica analysiert dieser Essay, wie extraterritoriale Gewalt, Entnationalisierung und die Verflechtung von Autoritarismus und organisierter Kriminalität neue Herausforderungen für die demokratische Sicherheit, den internationalen Schutz und die Souveränität der Aufnahmeländer darstellen.



Dieser Artikel entstand im Rahmen einer Kooperation zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und Expediente Abierto. Die geäußerten Meinungen, Analysen und Schlussfolgerungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Position der Konrad-Adenauer-Stiftung oder von Expediente Abierto wider.

Transnationale Repression ist eine Praxis, mit der autoritäre Regime ihre Macht über nationale Grenzen hinaus ausdehnen, um Oppositionelle, Dissidenten, Journalisten, Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger zum Schweigen zu bringen, einzuschüchtern oder unschädlich zu machen. Diese Strategie zielt darauf ab, abweichende Meinungen zu unterbinden, unabhängig davon, wo sich die betroffenen Personen befinden.

In diesem Zusammenhang stellt die Verfolgung von Exilanten und der Diaspora durch das Regime von Daniel Ortega und Rosario Murillo eine direkte Ausweitung der repressiven Politik dar, die in Nicaragua seit der soziopolitischen Krise von 2018 umgesetzt wird. Diese staatliche Gewalt hat sich drastisch weiterentwickelt: Sie begann mit Überwachungsmaßnahmen, Dokumentenkontrollen, Einschüchterungen und Drohungen und eskalierte schließlich zu ihrer grausamsten Ausprägung: dem Mord. Letzterer stellt die schwerwiegendste Folge dieser Politik und die größte Verletzung der Grundrechte der nicaraguanischen Exilanten und Flüchtlinge dar.

Diese Situation lässt nicht nur die Opfer schutzlos zurück, sondern stellt auch eine direkte Herausforderung für die demokratische Sicherheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Souveränität der Aufnahmeländer dar. Daher ist die Anerkennung dieses extraterritorialen Autoritarismus durch die internationale Gemeinschaft, ebenso wie die harte Realität, dass das Exil keinen automatischen Schutz mehr garantiert, der erste unverzichtbare Schritt, um wirksame globale Antworten auf das Regime in Nicaragua zu finden.

Entwicklung und Zunahme der extraterritorialen Gewalt (2018-2026)

Seit 2018 hat sich die grenzüberschreitende Unterdrückung weiterentwickelt, und die Diktatur von Daniel Ortega und Rosario Murillo hat die Verfolgung der Exilanten schrittweise verschärft, bis es zu der Situation kam, in der wir uns derzeit befinden. Bereits in den ersten Monaten der Krise wurden Überwachungsmaßnahmen und Schikanen in Costa Rica dokumentiert, ebenso wie die ständige Überwachung von Journalisten, Menschenrechtsverteidigern und Aktivisten durch Geheimdienstnetzwerke, die von den Konsulaten und Botschaften aus betrieben wurden.

In diesem Zusammenhang legte die Expertengruppe zu Nicaragua (GHREN) im März 2026 dem Menschenrechtsrat in Genf einen Bericht vor, in dem sie darlegt, dass das Land „ein umfangreiches transnationales Repressionsnetzwerk unterhält, um Oppositionelle im Exil zu überwachen und einzuschüchtern“.ⁱ



Diese Struktur funktioniert durch die Veruntreuung öffentlicher Gelder und wird von Institutionen wie der Armee, der Polizei, den Einwanderungsbehörden und den diplomatischen Vertretungen umgesetzt. Hinzu kommen die Ungültigmachung von Reisepässen, die Verweigerung ihrer Verlängerung oder Ausstellung sowie die Einbehaltung anderer äußerst wichtiger Dokumente wie des Personalausweises oder der Geburtsurkunde. Darüber hinaus wurde Hunderten von Bürgern die Einreise verweigert, wodurch Tausende von Nicaraguanern de facto staatenlos wurden.

Im Jahr 2023 wurde mit der Freilassung von 222 politischen Gefangenen die Phase der Staatenlosigkeit und Entnationalisierung offiziell eingeleitet. Dies stellt einen schwerwiegenden Verstoß und eine Nichteinhaltung des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen von 1954 sowie des Übereinkommens zur Verringerung der Staatenlosigkeit von 1961 dar, in denen festgelegt ist, dass kein Staat einer Person aus politischen Gründen die Staatsangehörigkeit entziehen darf.

Bis heute wurde 450 Nicaraguanernⁱⁱ offiziell die Staatsangehörigkeit entzogen: zunächst den 222 politischen Gefangenen, die am 9. Februar 2023 in die Vereinigten Staaten verbannt wurden, wenige Tage später eine Gruppe von 94 Menschenrechtsaktivisten, politischen Analysten, Journalisten und Schriftstellern im Exil (darunter Roberto Samcam, Sergio Ramírez, Gioconda Belli und Carlos Fernando Chamorro), und am 5. September 2025 eine Gruppe von 135 aus der Haft entlassenen politischen Gefangenen, die nach Guatemala verbannt wurden. In allen drei Fällen beschlagnahmte das Regime ihre Renten und ihr Vermögen, um sie als Strafe wirtschaftlich zu erdrücken. All dies zeigt, dass transnationale Repression sowohl ein sich weiterentwickelndes als auch ein kumulatives Phänomen ist.

Seit 2023 sind mehr als 1.500 nicaraguanische Flüchtlinge aus Costa Rica im Rahmen des Programms „Movilidad Segura“ⁱⁱⁱ nach Spanien und in die Vereinigten Staaten umgesiedelt worden. Diese vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) koordinierte Initiative wurde als Reaktion auf die prekäre Lage, den Mangel an wirksamem Schutz und die Bedrohungen ins Leben gerufen, denen diese Personengruppe im Aufnahmeland ausgesetzt war.

1 Samantha Jirón (Nicaragua, 2000) ist Menschenrechtsaktivistin und studiert Journalismus an der Complutense in Madrid. Sie engagierte sich aktiv in der nicaraguanischen Bürgerbewegung, war politische Gefangene des Ortega-Murillo-Regimes und wurde anschließend ins Exil verbannt und ihrer Staatsangehörigkeit enthoben. Aus dem Exil heraus widmet sie sich der Analyse und Erforschung von Demokratie, historischer Erinnerung, Migration und Menschenrechten in Nicaragua.



Die Eskalation der Gewalt: Von Belästigung bis zum Mord

Vor dem Mord an Roberto Samcam gab es in Costa Rica mehrere bedeutende Fälle. Einer davon betraf Rodolfo Rojas im Jahr 2022, der unter Vorspielung falscher Tatsachen aus costa-ricanischem Hoheitsgebiet entführt und im Grenzgebiet zu Honduras ermordet wurde. Obwohl der Fall nicht offiziell untersucht wurde, schließen seine Angehörigen und Freunde Raub als Motiv aus, da er seine persönlichen Gegenstände noch bei sich hatte, zudem gab es bereits zuvor ein Muster aus Drohungen und der Kontrolle seiner Ausweispapiere. Andererseits überlebten Joao Maldonado und Nadia Robleto zwei Anschläge in San José, Costa Rica. Bei dem ersten Angriff wurde Maldonado fünfmal getroffen, beim zweiten achtmal, während seine Frau Nadia einen Schuss abbekam, der sie an den Rollstuhl fesselte. Dies sind eindeutige Beispiele dafür, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt.

Im Rahmen dieser Entwicklung stellt der Fall von Roberto Samcam einen kritischen Wendepunkt dar. Samcam, Major a. D. der nicaraguanischen Armee und seit 2018 im Exil in Costa Rica, wurde zum symbolträchtigsten Gesicht der transnationalen Repression, als er in seiner Wohnung in Moravia, San José, durch acht Schüsse ermordet wurde – mutmaßlich von einem jungen Auftragskiller namens Carvajal.

Die gerichtlichen Ermittlungen bringen seinen Tod mit direkten Befehlen aus Managua und mit der nicaraguanischen Armee in Verbindung^{iv}. Die Gründe für dieses Verbrechen stehen im Zusammenhang mit seinen Recherchen zur transnationalen Repression und seiner früheren Aufdeckung eines Spionagenetzwerks, dass er als „sandinistische Geheimdienstzellen“ bezeichnete, das auf costaricanischem Territorium in Verbindung mit dem organisierten Verbrechen und vom nicaraguanischen Konsulat in San José aus operierte. Zudem hatte Samcam den Vereinten Nationen Beweise für die Beteiligung der Armee an der Unterdrückung im Jahr 2018 vorgelegt.

Abgesehen von den laufenden strafrechtlichen Ermittlungen zwingt sein Mord dazu, über die bereits seit Jahren erkennbaren Warnsignale nachzudenken: Hasskampagnen, Stigmatisierung, Entzug der Staatsangehörigkeit und politische Verfolgung. Die Frage lautet nicht mehr nur, was geschehen ist, sondern welche Anzeichen zuvor ignoriert wurden, auch seitens der costaricanischen Geheimdienste (DIS).



Berichte von Menschenrechtsorganisationen wie dem Menschenrechtskollektiv „Nunca Más“ sowie von internationalen Gremien wie der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH), der Europäischen Union und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben die Erfahrungen der nicaraguanischen Exilanten umfassend dokumentiert. Diese Belege zeigen, dass sich repressive Mechanismen durch Einschüchterung, Überwachung und Nötigung bis hin zur Ermordung über die Landesgrenzen hinaus ausdehnen können. Grenzen stellen daher keine Barriere mehr für die Strafen dar, die die Diktatur gegen diejenigen verhängt, die es wagen, ihr zu widersprechen.ⁱ

Herausforderungen für die demokratische Sicherheit und die Souveränität des Aufnahmelandes

Die grenzüberschreitende Unterdrückung stellt eine neue Herausforderung für die demokratische Sicherheit der Aufnahmeländer dar. Claudia Vargas, Witwe von Roberto Samcam und eine der führenden Kritikerinnen, hat diese Herausforderung thematisiert und betont, dass es nicht nur darum geht, verfolgte Menschen zu schützen, sondern dass es sich um ein weitaus komplexeres und abstrakteres Problem handelt. Unter demokratischer Sicherheit versteht man die Fähigkeit eines Staates, Rechte, Freiheiten, politische Teilhabe und wirksamen Schutz vor autoritären Bedrohungen zu gewährleisten. Allerdings erlebt unsere Region derzeit eine Aushöhlung der Demokratie und einen Aufschwung des Autoritarismus, vor allem in Mittelamerika.

Ein erster wichtiger Schritt war die Anerkennung dieses Phänomens durch den costaricanischen Staat^v. Im Februar 2026 unterstützten die Behörden die Resolution zu Nicaragua in der OAS und sendeten damit die Botschaft aus, dass grenzüberschreitende Repression unter keinen Umständen toleriert werden darf. Obwohl dieser Meilenstein historisch ist, reicht er nicht aus, wenn er nur in Reden und Erklärungen bleibt, ohne dass daraus wirksame Maßnahmen und Schutzprotokolle für Flüchtlinge werden.

Die Verfolgung aus politischen Gründen auf costa-ricanischem Staatsgebiet stellt die institutionellen Kapazitäten der aufnehmenden Demokratie und ihre Reaktionsgeschwindigkeit auf die Probe, darüber hinaus wird sie zu einem dringenden Thema für die Sicherheit des Landes selbst, da sie eine Verletzung seiner Souveränität darstellt.



Zusammenwirken von Autoritarismus und organisierter Kriminalität

Es ist notwendig, die Diskussion über mögliche Zusammenhänge zwischen Autoritarismus, Straflosigkeit und kriminellen Gewaltökonomien auf den Tisch zu bringen. Die Schlussfolgerungen, die sich aus dem Gerichtsverfahren im Fall Roberto Samcam ergeben, sind von großer Bedeutung, da sie ein Muster in den Vorgehensweisen der nicaraguanischen Diktatur in Verbindung mit der lokalen organisierten Kriminalität offenlegen.

Es ist kein Einzelfall, dass diese Ereignisse vor dem Hintergrund eines historischen Anstiegs der Kriminalität in Costa Rica stattfinden, der vor allem durch den Drogenhandel und Auftragsmorde angetrieben wird und Rekordzahlen erreicht, die von den Behörden als „Gewalt-Epidemie“ bezeichnet wurden. In dem Maße, wie sich autoritäre Dynamiken über die Grenzen hinaus ausbreiten, steigt das Risiko, dass staatliche oder parastaatliche Akteure indirekte Handlungswege finden und dabei institutionelle Schwächen, informelle Netzwerke oder von krimineller Gewalt geprägte Umfelder ausnutzen.

Die Fälle von Joao Maldonado, Nadia Robleto und Roberto Samcam wurden in Zusammenarbeit mit diesen lokalen kriminellen Netzwerken durchgeführt. Dies bedeutet nicht automatisch, dass direkte Verbindungen oder vollständig sichtbare koordinierte Strukturen bestehen, es zwingt jedoch dazu, zu berücksichtigen, wie bestimmte Kontexte der Straflosigkeit Einschüchterungsmaßnahmen oder gewaltsame Eskalationen gegen Personen im Exil begünstigen, ohne dass dies zu unmittelbaren oder entschlossenen institutionellen Reaktionen führt. In Aufnahmelandern wie Costa Rica, die historisch als Zufluchtsorte gelten, wirft dieses Phänomen besonders heikle Herausforderungen auf: Die transnationale Repression ist nicht mehr nur eine Bedrohung für politische Oppositionelle, sondern wird zu einer Herausforderung für die Rechtsstaatlichkeit des Aufnahmelandes selbst.

Das Exportmodell und die internationale Reaktion

Es besteht die reale Gefahr, dass dieses Modell der Unterdrückung auf andere Länder der Region übertragen wird, ein Phänomen, das sich bereits in El Salvador abzeichnet, wo die Machtkonzentration, die Aushöhlung institutioneller Kontrollmechanismen und der Einsatz außergewöhnlicher Kontrollmaßnahmen bei internationalen Organisationen und Menschenrechtsaktivisten Besorgnis ausgelöst haben.



Gleichzeitig zeigt sich der regionale Einfluss des nicaraguanischen Regimes auch in den Bemühungen, sein Vorgehen auf diplomatischer und politischer Ebene in Zentralamerika zu normalisieren.

Dieser Trend zeigte sich kürzlich, als Valdrack Jaentschke^{vi}, Außenminister von Nicaragua, offiziell an der Amtseinführung von Laura Fernández, der neu gewählten Präsidentin von Costa Rica, teilnahm. Während der Amtseinführungszeremonie wurde Jaentschke dabei beobachtet, wie er offizielle Grüße übermittelte, eine Anwesenheit, die bei nicaraguanischen Flüchtlingen und verschiedenen internationalen Organisationen Ablehnung auslöste. Diese Haltung ist kein Einzelfall, der ehemalige Präsident Rodrigo Chaves erklärte seinerzeit, er „berate sich von Zeit zu Zeit“ mit Rosario Murillo und Daniel Ortega und versicherte, dass sie trotz der „Meinungsverschiedenheiten“^{vii} eine gute Kommunikation und ein respektvolles Verhältnis pflegten.

Angesichts dieser neuen Entwicklungen bleibt die Reaktion der internationalen Gemeinschaft weiterhin unzureichend. Zwar wird das Problem auf der Grundlage offizieller Berichte anerkannt, doch wird dieses Wissen auf einer hohen, vertikalen Ebene behandelt, anstatt es horizontal anzugehen, wo eigentlich direkte Schutzmaßnahmen ergriffen und umgesetzt werden müssten. Im Gegenteil, es ist eine gefährliche Instrumentalisierung der internationalen Systeme zu beobachten.

Ein Beispiel hierfür ist die Nutzung des Systems der „Roten Ausschreibungen“ von Interpol durch die Diktatur von Ortega und Murillo zu Zwecken der politischen Verfolgung. Obwohl diese Anträge in einigen Fällen abgelehnt wurden, da sie als Teil der transnationalen Repression identifiziert wurden, wird der Mechanismus vom Regime weiterhin als politische Waffe und Mittel zur grenzüberschreitenden Schikane eingesetzt.

Fazit

Um handeln zu können, muss man sich bewusst machen, dass die internationale Gemeinschaft mit gravierenden Lücken konfrontiert ist und nur über wenig Rechtsprechung verfügt, da die internationalen Systeme in erster Linie darauf ausgelegt sind, auf Verstöße zu reagieren, die innerhalb der Grenzen einzelner Staaten begangen werden. Die Ausweitung und zunehmende Raffinesse der grenzüberschreitenden Verfolgung, ebenso wie die Nutzung diplomatischer Beziehungen als Einfallstor für die Diktatur in Zufluchtsländer, erfordert die



Anpassung bestehender und die Schaffung neuer Formen der Überwachung, des Schutzes, der justiziellen Zusammenarbeit und vor allem der Prävention.

Es ist unerlässlich, nicht zuzulassen, dass transnationale Repression zur Normalität wird oder ungestraft bleibt. Wir dürfen die Angriffe, Schikanen, Drohungen und Morde an Menschen im Exil nicht als Einzelfälle abtun, sondern müssen sie als Teil eines Netzwerks umfassender, organisierter und immer raffinierterer Muster verstehen. In dem Maße, wie sich die Repression mit den Netzwerken der lokalen organisierten Kriminalität verflechtet und der regionale Autoritarismus zunimmt, steigen das Risiko und die Schutzlosigkeit.

Die Stärkung der Demokratie und die Sicherheit der Flüchtlinge sind dringende Schritte, um Mechanismen zu entwickeln, mit denen diese Bedrohung erkannt, verhindert und bekämpft werden kann. Der Schutz von Exilanten muss nicht durch allgemeine Sicherheitsmaßnahmen, die der aktuellen Realität nicht entsprechen, gestärkt werden, sondern durch einen direkten Ansatz, der sich an die Opfer selbst richtet. Dies ermöglicht es, die spezifischen Muster der Verfolgung zu erkennen und gemeinsam mit den Justizbehörden, den Flüchtlingsbehörden und den Menschenrechtsmechanismen interinstitutionelle Protokolle zu entwickeln.

Wenn politisch verfolgte Personen feststellen, dass ihnen nicht einmal das Exil wirksame Sicherheit garantiert, wird eines der Grundprinzipien des Asyls und des internationalen Schutzes untergraben: die Existenz sicherer Räume vor staatlicher Verfolgung. Es ist unerlässlich, sicherzustellen, dass Länder, die historisch als sichere Zufluchtsorte gelten, wie beispielsweise Costa Rica, für nicaraguanische Staatsbürger weiterhin Orte der Freiheit, des Schutzes und der politischen Teilhabe bleiben. Nur so kann erreicht werden, dass die tiefen Spuren von Schmerz und Angst, die die Ermordung von Roberto Samcam hinterlassen hat, verblassen und Gerechtigkeit Einzug hält.

i Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, Bericht der Expertengruppe für Menschenrechte zu Nicaragua, A/HRC/61/56, 61. Tagung, 23. Februar bis 2. April 2026, <https://docs.un.org/es/A/HRC/61/56>.

ii Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR), „Register der inhaftierten und/oder abgeschobenen Personen: Aktualisierung der Datenbank der IACHR“, MESENI-Bulletin, Organisation Amerikanischer Staaten, 9. Juli 2025,, https://www.oas.org/es/cidh/MESENI/Boletines/boletin-meseni-2025_07_09.html

- iii Redaktion Confidencial, „Spanien gewährt weiteren Nicaraguanern aus Costa Rica Zuflucht“, Confidencial, 17. März 2026, <https://confidencial.digital/migrantes/espana-da-refugio-a-mas-nicaraguenses-procedentes-de-costa-rica>
- iv Wilfredo Miranda Aburto, „Costa Rica bringt den Mord an dem Soldaten Roberto Samcam mit einer in Nicaragua geplanten Verschwörung in Verbindung“, El País, 9. April 2026, <https://elpais.com/america/2026-04-09/costa-rica-vincula-el-asesinato-del-militar-roberto-samcam-con-un-complot-planificado-en-nicaragua.html>
- v Gabriela Sotomayor, „Nicaragua: Die IACHR verurteilt die grenzüberschreitende Unterdrückung von Gegnern der Ortegas und Murillos“, Proceso, 14. Juli 2025, <https://www.proceso.com.mx/internacional/2025/7/14/nicaragua-cidh-condena-represion-transnacional-de-opositores-los-ortega-murillo-353072.html>
- vi Carlos Gutiérrez, „Exilanten kritisieren die Einladung des nicaraguanischen Regimes zur Amtsübergabe in Costa Rica“, Infobae, 2. Mai 2026, <https://www.infobae.com/nicaragua/2026/05/02/exiliados-cuestionan-la-invitation-al-regimen-de-nicaragua-al-traspaso-de-mando-en-costa-rica/>
- vii Redaktion, „Rodrigo Chaves steht mit Ortega und Murillo in Kontakt: ‚Ich frage sie ab und zu um Rat‘“, CRHoy, 13. Dezember 2023, <https://crhoy.com/nacionales/rodrigo-chaves-mantiene-comunicacion-con-ortega-y-murillo-de-vez-en-cuando-les-consulto/>

Autorin

Samantha Jirón
Menschenrechtsverteidigerin und Journalistikstudentin an der Universidad Complutense Madrid.

Rechtlicher Hinweis

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Büro Costa Rica und Panama
<https://www.kas.de/de/web/costa-rica-und-panama>

Haftungsausschluss:

Die in diesem Dokument geäußerten Meinungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Ansichten der Konrad-Adenauer-Stiftung wider.



Der Text dieser Publikation ist unter der Creative-Commons-Lizenz „Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International“, CC BY-SA 4.0, lizenziert, (<https://creativecommons.org/by-sa/4.0/legalcode.de>)